

## Protokoll

der 27. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

---

Sitzungsdatum: 23. Februar 2011  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 - 20.05 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Kathrin Gürtler, Präsidentin Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Christoph Morat  
Franziska Pausa  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin  
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Kurt Kneier, Philippe Hofmann, Simon Maurer, Peter von Arx

Abwesend: Florian Spiegel

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23  
18.05 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission** anstelle der zurückgetretenen Semra Wagner-Sakar, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012)  
Wahlvorschlag: Thomas Möller Geschäft 3990
2. Wahl eines Ersatzmitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission** anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012)  
Wahlvorschlag: Semra Wagner-Sakar Geschäft 3991

3. Bericht des Gemeinderates vom 12.01.2011 betreffend  
**Bauberechnung zur Sondervorlage für CHF 325'000.00  
zur Teilsanierung des Schulzentrums Neuallschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3865A
  
4. Bericht des Gemeinderates vom 26.01.2011 betreffend  
**Einreichung einer formulierten  
Gemeindeinitiative „Änderung Finanzausgleichsgesetz“**  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3986
  
5. Interpellation von Simon Zimmermann, SVP-Fraktion, vom 12.11.2010 betreffend  
**Gewalt an Allschwiler Schulen**  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3971
  
6. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.11.2010 betreffend  
**Aufwertung des Mühlestalls als Ausstellungslokal**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3970
  
7. Motion von Josua M. Studer, vom 16.11.2010 betreffend  
**Lichtsignalanlage Hegenheimermattweg/Grabenring**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3973

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 27 vom 23. Februar 2011**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des  
Einwohnerrates Allschwil**

Kathrin Gürtler

---

## **Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin**

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Wir haben eine kurze Traktandenliste, darum ist vorgesehen, dass es keine Pause gibt, und darum ist hinten auch keine Verpflegung aufgebaut. Wir haben das Traktandum 4, das eine zeitliche Brisanz hat.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang)

Auf dem Tisch liegt eine dringliche Motion betreffend Alterskonzept in Allschwil. Ich gebe das Wort Andreas Bammatter für die Dringlichkeit.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Gerne erkläre ich Ihnen, warum ich diese Motion einreichen musste. Sie haben richtig gehört, einreichen musste. Nach dem Motto, wie im Fussball oder wie es im Dorf auf einem Plakat steht: Nummer 5, ab durch die Mitte. Seit Jahren hat die SP zusammen mit der Allschwiler Bevölkerung den Gemeinderat auf die Altersgruppe Seniorinnen und Senioren hingewiesen und ihre Bedürfnisse vorgebracht, ohne dass der Gemeinderat mit dem Einwohnerrat aktiv geworden ist. Sozusagen haben wir einen Steilpass am anderen gegeben. Das hat im Jahr 2006 angefangen, also vor fünf Jahren. Dazu später mehr. Ich reiche diese Motion dringlich ein, weil in den letzten Monaten entscheidende Dinge passiert sind, die mich dazu veranlasst haben, politisch noch stärker aktiv zu werden. Erstens teilt der Gemeinderat in der Beantwortung meiner kleinen Anfrage betreffend zukunftsweisende Wohnüberbauung vom 1. Dezember 2010 mit, dass der Stiftungsrat Alterszentrum Bachgraben Allschwil/Schönenbuch ein Demenzzentrum von CHF 25'000'000 geplant hat. Sie haben eine Beilage auf Ihrem Tisch. Projektträger ist die Age Stiftung. Projektmitglied und Ansprechperson in dieser Age Stiftung ist Herr Karl Gerspacher. Karl Gerspacher ist auch Stiftungsratspräsident des Alterszentrums Bachgraben und er ist Geschäftsführer der Firma ready to build. Diese ist im Bereich Controlling, Bauherrenbegleitung bei den grösseren komplexen Bauvorhaben, Coaching, Organisationsentwicklung vor allem für Alters- und Pflegeheime und Coaching und Organisationsentwicklung nach EFQM-Modell für Excellence tätig. Er bietet dort seine Dienstleistungen an. Es geht um einen Betrag von CHF 25'000'000 und es geht vielleicht um die so genannte Corporate Governance. Corporate Governance ist eine Struktur, die die Aufteilung, die Rechte und die Verantwortlichkeiten zwischen den Parteien in einem Unternehmen festlegt, aber auch – und das ist das Wichtigste – die Entscheidungsfindung im Unternehmen festlegt. Wenn das alles bei den gleichen Personen liegt, dann darf man sich fragen, ob das so richtig ist.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Herr Bammatter, können Sie sich bitte kürzer fassen und zur Dringlichkeit reden?

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Ich probiere es, aber ich muss ein bisschen ausholen, weil die Dringlichkeit damit zu tun hat, dass wir heute Abend beschliessen müssen, ob wir diese Begleitgruppe wollen oder nicht. Ich muss erklären, weshalb ich dazu gekommen bin. Karl Gerspacher ist auch Mitglied der Expertengruppe Alterskonzept. Es liegen bei Ihnen auf dem Tisch Zahlen des Statistischen Amtes über Allschwil. Dort ist erkennbar, dass Personen im Alter 65+ und 80+ laufend markant zunehmen. Der Gemeinderat Arnold Julier verspricht, dass jetzt etwas geht. Ein paar konkrete Beispiele habe ich mitgebracht und zum Teil als Pressedokument auf Folie. Ich würde gerne die 6 Folien zeigen. Es geht pro Folie ein paar Sekunden.

Erste Folie: Strategische Entwicklung und Massnahmenplanung. Die Zielsetzung des Gemeinderates war, ein Altersleitbild 2009 festzuhalten. Wir haben jetzt 2011. Mehr als 1,5 Jahre länger, als vorgesehen. In der RS hiess das: Nicht erfüllt. In der Fussballsprache: Wir liegen 1:0 hinten.

Folie 2: In der Zeitung stand, es gäbe kaum Alternativen zum Altersheim, das war im Jahr 2007. Unten eingekreist, man kann es vielleicht nicht lesen, aber ich stelle es Ihnen kurz vor: Dem gut besuchten Podium der SP "Wohnen im Alter, ein Thema für Allschwil" mit über 200 Personen und nach Ankündigung von Gemeinderat Arnold Julier, ich zitiere: "Bis März 2008 soll eine Analyse vorliegen". Bis jetzt sind keine sichtbaren Daten gefolgt, sozusagen Nebelschwaden oder im Fussballjargon: Wer kein Goal schießt, der kriegt eines.

Dritte Folie, zum gleichen Artikel: Senioren fordern neue Wohnformen, Alterswohnungen. Dort steht: Die Behörden sind dran, eine Bedarfsanalyse fürs Alter zu erstellen. In meiner kleinen Anfrage im Dezember

2010, das können Sie unten lesen, 3,5 Jahre später steht: Gibt es Erfahrungswerte und Schätzungen, wie gross ist der Bedarf an Alterswohnungen für die Gemeinde in Allschwil? Es gibt keine schweizweite oder kantonale Berechnungsgrundlage für Alterswohnungen. Im 2009 verfügt Allschwil und Schönenbuch über insgesamt 97 Alterswohnungen. Ist das eine Antwort auf meine Frage? Altersgerechte Wohnformen, wie wir sie gefordert haben, sind längstens ein Thema.

Folie 4: Zur Dringlichkeit kann ich dies sagen. In der Fragestunde im Januar 2009 hat Herr Julier gesagt, dass wir ein Projektteam haben, aber keinen Einbezug der Einwohnerratsmitglieder. Wiederholt darf ich darauf hinweisen, dass die Dringlichkeit bei den Leistungsvereinbarungen bei der GPK war, die wir vorprüfen konnten und innerhalb eines Monats dem Einwohnerrat etwas berichten sollten. Beim Thema Alter war nichts. Fussballstrategisch: Es wurden keine Transfers getätigt. Wird sich das mit der Zeit rächen? Arnold Julier hat letzte Woche in der Presse verlauten lassen, dass das Thema Alters sehr komplex ist. Meine Antwort dazu war: Warum müssen wir das Rad in Allschwil neu erfinden, wenn viele kleinere Gemeinden im Baselbiet schon viel länger etwas umgesetzt haben? Was ist an dem Thema Alter in Allschwil so komplex, dass wir immer wieder und jetzt sogar auf das Konzept warten müssen?

Nächste Folie: Der Gemeinderat findet die Petition nicht nötig, 2009. Die Projektgruppe hat vor wenigen Wochen zum ersten Mal getagt. Jetzt haben wir 1,75 Jahre später und wir haben immer noch nichts.

Folie 6: Ich komme zum Schluss. Die Planung geht weiter. Das ist ein Ausschnitt aus dem AWB vom 30. Oktober 2006. Gemeinderat Julier hat ein Projekt angekündigt. Es sind fünf Jahre seither und bis jetzt habe ich noch nichts auf dem Tisch, also länger als eine Legislaturperiode. Wie sieht es in Allschwil aus? Konkret, wann spüren wir endlich etwas von Mark Wyss und seiner Arbeit? Ist das nicht dringlich genug? Ich komme langsam zum Schluss. Auf der Website wurde letzte Woche dann doch noch informiert. Das ist leider nichts Neues, leider wurde wieder eine Verzögerung angekündigt. Darum war ich jetzt so ausführlich, damit Sie sehen, wie das Jahr für Jahr geht. Wie im November von Gemeinderat Julier angekündigt, nochmals einen Monat später, im April, soll der Einwohnerrat dieses Konzept erhalten. Ich frage mich, warum muss der Gemeinderat dieses Konzept nochmals fünf Monate lang studieren, wenn eine professionelle Projektgruppe fast zwei Jahre lang daran gearbeitet hat? Soweit ich informiert bin, tagt der Gemeinderat wöchentlich.

Wir hatten weitere Vorstösse zum Thema Alter in letzter Zeit, also exzellente Steilpässe an den Gemeinderat. Das Thema Trottoirabsenkung hatten wir in der letzten Sitzung und ebenso das vom Einwohnerrat Josua Studer bezüglich Überbauung vom Ciba-Areal in Zusammenhang mit den Alterswohnungen und dem Altersheim. Ich erinnere an den eingereichten Vorstoss der CVP von Mathilde Oppliger bezüglich Infrastruktur, Wegbänke und Toiletten auf den Wegmatten und beim Trämlspielplatz, alles Themen, die mit dem Alter zu tun haben. Ich bitte Sie, diese Dringlichkeit zu bestätigen, wie mir das die Parteivertretungen der SD, der FDP, der Grünen, der EVP und der SP mündlich angekündigt haben. Das Konzept ist da. Bis zur Umsetzung braucht es noch einmal ein paar Worte vom Trainer oder vielleicht einen Zwick an die Geisel, denn die zweite Halbzeit hat noch nicht angefangen. Es ist Zeit, dass der Gemeinderat als ganzes Gremium mit der Projektarbeitsgruppe die Zügel in die Hand nimmt.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Herr Bammatter, noch einen Satz.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Es steht 0 zu 2. Nutzen Sie diese Gelegenheit.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

**Josua Studer**, parteilos: Die Dringlichkeit ist anscheinend unbestritten. Es haben alle zugestimmt, nur wir wurden nicht aufgezählt. Wir haben es schriftlich gemacht, nicht mündlich. Wir sind für Dringlichkeit, Susanne und ich.

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Ich möchte nicht so lange machen wie Herr Bammatter. Er hat bis jetzt nur geschumpfen. Er weiss aber gar nicht, was letztendlich herauskommt. Es ist ein Konzept, und als dies ins Leben gerufen wurde, hiess es, dass es in der Gemeinde keine neuen Ausgaben gibt. Wenn man dieses Konzept extern gegeben hätte, dann hätte ich damit nichts zu tun gehabt, das wäre einfach gewesen. Das hätte CHF 150'000 gekostet und wir hätten ein Konzept, das nicht so ist, wie es heute ist. Diejenigen, die bis jetzt damit gearbeitet haben, wissen, dass es ein gutes Produkt ist. Ein gutes Produkt braucht halt etwas länger. Wenn ich dazwischen gesagt hätte, dass es bald kommt, dann wäre ich auch froh gewesen, dass es bald kommt. Andererseits waren alles Laien dabei, wo ich am Anfang gesagt habe, dass es schwierig wird, dies zu erarbeiten, weil jeder meint, dass seine Institution die Beste sei.

---

Das hat es auch verzögert. Heute bin ich froh, wenn ich das Produkt sehe. Herr Bammatter sagt, er hätte diese dringliche Motion eingeben müssen. Das finde ich eine Frechheit, weil du ganz genau weißt, wie der Fahrplan steht von diesem Alterskonzept. Ich kann die Liste aufstellen, wie der Plan ist. Wenn du das nicht wusstest, dass der Terminplan steht, dann wäre ich einverstanden. Aber es ist in vollem Bewusstsein, dass der Plan des Gemeinderates bereits festgelegt wurde und du ihn genau gekannt hast. Es ist eine dringliche Motion, die überholt ist. Es braucht keine Dringlichkeit mehr, weil das ganze aufgegleist ist. Ich bitte um die Folie. Sie sehen, der Gemeinderat hatte am 7. Dezember eine Lesung, 5 Stunden. Er hat es sich nicht einfach gemacht, und anschliessend hat es noch Abklärungen und Ergänzungen gebraucht. Es hat noch die Vorbereitung gebraucht, um wieder in die Arbeitsgruppe zu gehen. Diese hat am 24. Januar getagt und hat das Ganze implementiert in das Bestehende. Am 9. Februar hat der Gemeinderat den Terminplan des Alterskonzepts so, wie wir das vorgeschlagen haben, festgelegt. Am 14. Februar war der Terminplan auf der Homepage. Dazu hast du die Infos erhalten, dass es dort drauf ist. Am 25. Februar war die Terminplanung im Allschwiler Wochenblatt und heute hatten wir einen Workshop im Gemeinderat, einen halben Tag. Da haben wir bereits Massnahmen getroffen, priorisiert, was sofort gemacht wird, übrigens eine Projektgruppe und eine Alterskommission, die wir einsetzen, sobald das Konzept im Einwohnerrat vorbei ist. Die Terminplanung steht bereits. Wir haben am 28. Februar wiederum eine Sitzung mit der Projektgruppe, die alles nochmals diskutiert von heute und implementiert ins Konzept. Am 4. März ist die Präsentation des Alterskonzepts für die externen Leistungserbringer, die Fraktionen und die Parteien. Die Einladungen sind alle verschickt. Am 23. März befasst sich der Gemeinderat damit wieder und am 4. April wird das an den Einwohnerrat geschickt. Am 20. April können Sie darüber befinden, wie das dann sein soll. Ich bitte Sie, dieser Dringlichkeit nicht zuzustimmen. Es braucht sie nicht, es steht bereits alles. Die Motion, die verpflichtend ist, steht quer zum Alterskonzept. Eine Arbeitsgruppe einzusetzen, ist nicht vorgesehen im Konzept, das ist quer. Ich habe das Gefühl, du möchtest in das Alterskonzept reinpfuschen und etwas reinbringen, das nicht vorgesehen ist, nur um das Alterskonzept schlecht zu machen. Ich bin stolz auf dieses Alterskonzept. Viele Leute haben viel freie Zeit für das Alterskonzept geopfert.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Herr Gemeinderat Julier, wir bleiben bei der Dringlichkeit.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte noch nicht in die Diskussion gehen mit Herrn Julier. Ich würde das gerne machen, wenn die Dringlichkeit angenommen wird. Ich bin nicht gegen das Alterskonzept, sondern ich bin fürs Alterskonzept. Ich möchte, dass es vorwärts geht und nicht reinpfuschen. Die Begleitgruppen haben wir in allen anderen grossen Projekten. Wieso brauchen wir hier keine? Das kann ich nicht verstehen.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall.

**://:**

Die Dringlichkeit wird mit 18 Ja, 9 Nein und 6 Enthaltungen abgelehnt. Die 2/3 Mehrheit ist nicht zustande gekommen.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall.

586 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle der zurückgetretenen Semra Wagner-Sakar, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012)  
Wahlvorschlag: Thomas Möller, Geschäft 3990

---

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Es liegt mir ein Wahlvorschlag für Thomas Möller vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

**://:**

Damit sind Sie, Herr Möller, gewählt. Ich gratuliere Ihnen.

587 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Wahl eines Ersatzmitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012)  
Wahlvorschlag: Semra Wagner-Sakar, Geschäft 3991

---

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Es liegt ein Wahlvorschlag für Frau Semra Wagner vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

**://:**

Damit sind Sie gewählt, Frau Wagner.

588 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 12.01.2011 betreffend Bauabrechnung zur Sondervorlage für CHF 325'000.00 zur Teilsanierung des Schulzentrums Neuallschwil  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3865A

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Wir können Ihnen heute Abend den Abschlussbericht der Bauarbeiten im Schulzentrum Neuallschwil präsentieren. Wer in letzter Zeit dort an einem Elternabend oder an einem erbauenden Anlass war, hat vielleicht festgestellt, gerade um diese Jahreszeit, dass es heller geworden ist dort drin. Der Einwohnerrat hat weitsichtig geplant und hat Gelder gesprochen, die aus meiner Sicht nach wie vor sinnvoll umgesetzt wurden. Man könnte jetzt sagen, es wäre auch mit weniger gegangen. Am 18. November 2009 haben wir Ihnen hier drin die Kosten präsentiert, was es zusätzlich bedeuten würde. Ich bedanke mich nachträglich für das grosse Vertrauen, das Sie alle in mich und die Hauptabteilung Hochbau und Raumplanung hatten. Wir haben das so weit, wie es gegangen ist, umgesetzt. Wir hätten gerne noch mehr gemacht. Es fehlen ein paar Treppenhäuser und ein Untergeschoss. Aber darauf kommen wir vielleicht im Rahmen des laufenden Budgets, dass wir dies auch noch bewerkstelligen können, damit das Schulhaus frisch aussieht und gut und sicher beleuchtet ist. Ich danke Ihnen sehr herzlich für dieses Vertrauen. Zum Lift müssen wir nichts sagen, auch der hat einen grossen Nutzen. Das hat sich auch schon im laufenden Betrieb mehrfach bemerkbar gemacht, den kann man sehr gut brauchen. Ich bitte Sie, dieser Abrechnung zuzustimmen.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wenn das Eintreten nicht bestritten wird, dann kommen wir zur allgemeinen Beratung.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion: Wir sind hoch erfreut, dass es eine Punktlandung gab, dies vom finanziellen Aspekt her. Es ist erstaunlich, dass es bauseitig nicht teurer wird, sondern sogar ein bisschen günstiger, das ist verdankenswert. Das Schulzentrum hat enorm gewonnen, es ist von grau in grau nach hell und grau geworden, also drinnen grau und aussen hell. Mit wenig Aufwand gab es einen grossen Schritt vorwärts. Im Namen der SP/EVP-Fraktion danke ich vielmals.

**Josua Studer**, parteilos: Ich möchte Herrn Bieri widersprechen. Es ist nicht nur einmal eine tolle Abrechnung. In letzter Zeit, so erinnere ich mich, waren die Abrechnungen immer sehr positiv, wir

konnten sie immer loben. Diejenigen, die sie planen und ausführen, machen tolle Arbeit. Das ist nicht zufällig, dass es jetzt gut gekommen ist. Ich bedanke mich auch und wir nehmen es zur Kenntnis.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Detailberatung.

**Rolf Adam**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Massnahmen, Bauabrechnungen

3. Anträge

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wir kommen zu den Anträgen.

Antrag 3.1

Von der Bauabrechnung in der Höhe von CHF 224'810.35 für das Streichen der Betondecken und die Beleuchtungsgrunderneuerung im Schulzentrum Neuallschwil wird mit einem ausgewiesenen Minderkostensaldo von CHF 189.65 Kenntnis genommen.

**://:**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Antrag 3.2

Von der Bauabrechnung in der Höhe von CHF 98'471.30 für die Modernisierung des Aufzugs im Trakt C des Schulzentrums Neuallschwil wird mit einem ausgewiesenen Minderkostensaldo von CHF 1'528.70 Kenntnis genommen.

**://:**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung für dieses Geschäft.

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

589 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 26.01.2011 betreffend  
Einreichung einer formulierten  
Gemeindeinitiative „Änderung Finanzausgleichsgesetz“  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3986

---

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich habe die grosse Ehre mit etwas ausserordentlich Kompliziertem an Sie heranzutreten, darum habe ich mir erlaubt ein paar Folien zu diesem Thema zu machen, damit Sie dies nachvollziehen können. Es geht um eine Gemeindeinitiative, von dieser haben sie bestimmt schon gelesen. Ich erörtere Ihnen kurz, um was es geht. Wir basieren seit dem 1.1.2010 auf einem neuen revidierten Finanzausgleichsgesetz. Bei dieser Gemeindeinitiative geht es darum, das Finanzausgleichsgesetz zu korrigieren, einen Teil der Revision unterzuziehen, dies notabene nach einem Jahr seit Inkrafttreten. Das gleiche gilt für die Finanzausgleichsverordnung. Das Ziel der Gemeindeinitiative wäre, dass wir einen Lösungsansatz hätten, wirksam per 1.1.2012. Dies zur Ausgangslage. Sie werden staunen, dass ich hier zuerst mit dem Stopp komme. Ich denke, es ist wichtig,

dass wir von Anfang an ganz klar deklarieren, was die Gemeinden, die diese Initiative unterstützen, nicht wollen. Im heutigen Kontext der Diskussion zwischen Basel-Stadt und Baselland ist es wichtig, darauf hinzuweisen. Es geht nicht darum, dass die Solidarität der Geber- zu den Nehmergemeinden in Frage gestellt werden soll. Wir haben nicht das Ziel, dass die Finanzströme, wie sie heute fliessen, gestoppt werden sollen. Jede Gemeinde soll über einen Ressourcenausgleich dieses Geld zur Verfügung gestellt bekommen, die sie braucht für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Jede Gemeinde im Kanton soll damit auch entsprechend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Obwohl man das immer wieder leider lesen muss, geht es bei dieser Initiative nicht um die Thematik Oberbaselbiet/Unteraselbiet, auch nach der Theaterabstimmung geht es nicht um dieses Thema. Ich werde am Schluss noch darauf zurückkommen und Ihnen zeigen, dass Hauptbezügler des Finanzausgleichs durchaus im Unterbaselbiet zu finden sind und man muss sie nicht im Oberbaselbiet suchen. Es sind grosse Gemeinden im Unterbaselbiet, die massgeblich Finanzausgleich beziehen. Es geht auch nicht darum, die Existenz von einer Gemeinde zu bedrohen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass dieses Thema oft verzahnt wird mit dem Thema Fusionen. In der Arbeitsgruppe, in der ich seit Anfang dabei bin, wo es um die Revision des Finanzausgleiches geht, wurde von Anfang an gesagt, dass es nicht darum geht, Fusionspolitik über das Finanzausgleichsgesetz zu machen. Fusion ist jetzt ein Thema im Rahmen der Revision des Gemeindegesetzes, das zurzeit in der Vernehmlassung steht. Dort geht es darum, Grundlagen zu bieten im Kanton Baselland, um überhaupt über Fusionen diskutieren zu können. Es geht auch da nicht darum, indirekten Druck aufs Oberbaselbiet bezüglich Fusionen auszuüben. Wir haben natürlich auch Ziele, wo wir hoffen, dass wir mit dieser Gemeindeinitiative ins Schwarze treffen. Die Gemeindeinitiative soll einen angemessenen Ressourcenausgleich sicherstellen zwischen den Gemeinden. Gleichzeitig soll die Solidarität der Gebergemeinden nicht überstrapaziert werden. Genau dieses Überstrapazieren der Gebergemeinden müssen wir zurzeit erleben. Es geht darum, einen Deckel gegen oben zu setzen beim Finanzausgleich. Es geht nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen. Wir wollten mit der Revision des alten Finanzausgleichsgesetzes Ausreisser korrigieren. Wir mussten aufgrund verschiedener Gründe feststellen, dass es mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz Ausreisser produziert. Es geht nicht darum, den Normalfall zu verändern, sondern nur darum, Ausreisser zu korrigieren. Gleichzeitig möchten wir Denkanstösse vermitteln. Ein ganz wichtiges Ziel ist, dass wir Einfluss nehmen möchten auf die Meinungsbildung im Landrat. Wenn ich von "wir" rede, dann sind das alle Gemeinden, die diese Gemeindeinitiative lanciert und unterstützt haben.

Die Ausgangslage ist, dass das revidierte Finanzausgleichsgesetz per 1.1.2010 in Kraft getreten ist. Der Ressourcenausgleich wurde dort angedacht. Wir hatten einen Wechsel vom vertikalen zum horizontalen Finanzausgleich. Wir bezahlen nicht mehr an den Kanton und der Kanton verteilt es an die Gemeinden, sondern die Gemeinden zahlen unter sich in den Finanzausgleich. Wir haben so den Lastenausgleich eingeführt. Das ist für die Gemeinde Allschwil insbesondere bei den Sozialfällen ein Thema. Gemeinden, die eine Sonderlast haben im Bereich von Sozialausgaben, werden über den Finanzausgleich ein Stück weit entlastet. Es gab das Thema Zusatzbeiträge, das war ein Notnagel, den wir einschlagen mussten für bestimmte Nehmergemeinden. Und es sind Einzelbeiträge, die man über das Finanzausgleichsgesetz verlangen kann. Über die reden wir heute nicht, da geht es um die berühmten Mehrzweckhallen, die man über den Finanzausgleich mitfinanzieren kann. Die Datenbasis hatten wir in der Landratsvorlage, das war auch die Basis für die Ausgangslage per 1.1.2010. Jetzt kommt eine erste Ursache von diesen Diskussionen. Das Zahlenmaterial, das wir im Jahr 2009 hatten, wo wir das Finanzausgleichsgesetz revidiert haben, war von 2006, 2007 und 2008. Sie sehen, das sind interessante Jahre, insbesondere gegen Ende 2008, wo uns die Wirtschaftsbaissie eingeholt hat, und wir somit Zahlen hatten, die sich in Zukunft so nicht bewahrheitet haben. Es wurde extra auf die letzten drei Jahre zurückgerechnet und es steht jetzt noch im Finanzausgleichsgesetz drin, dass immer ein Mittel von drei Jahren die Basis sein soll für die Berechnung des Finanzausgleichs. Wenn nach dem Jahr 2008 alles anders wird, dann sind die Modellrechnungen des Ressourcenausgleichs, die dem zugrunde liegen, eben nur Modellrechnungen, die sich in der Praxis nicht zwingend bewähren. Gemäss dem revidierten Finanzausgleichsgesetz, das per 1.1.2010 in Kraft getreten ist, ging die Allschwil davon aus, dass man rund CHF 1'500'000 gegenüber den Vorjahren an Finanzausgleichszahlungen einsparen könnte. Es kam dann ganz anders, wir haben anstelle von Einsparungen viel mehr bezahlt. Wir hatten eine grosse Differenz zwischen Budget und der Rechnungsstellung, die vom Kanton Baselland kam Mitte Jahr. Wenn man nach den Gründen fragt, dann ist dies einerseits höchst unangenehm, weil wir im Gemeinderat um CHF 500 oder CHF 3'000 streiten, und plötzlich kommt eine Rechnung in Millionenhöhe. Wir fragen uns, weshalb wir uns solche Sorgen bei der Budgetierung machen. Das hat auch dazu geführt, dass die Differenz zwischen Budget 2010 und Rechnungsstellung 2010 zu einem grossen Aufschrei geführt hat unter den Gebergemeinden, Sie haben das sicher in der Presse mitbekommen. Gründe dafür waren, aus Sicht von Allschwil, aber das gilt auch für viele andere Gemeinden, dass wir enorm hohe Steuererträge hatten. Im Unterbaselbiet hatten wir eine klare Zunahme der Steuerkraft, in Allschwil auch und speziell im Jahr 2009 und 2010. Ich habe hier auf dem Bild eine Schere. Sie begründet sich damit, dass wir nebst dem, dass wir in einzelnen Gemeinden Zunahme von Steuererträgen hatten, im Oberbaselbiet einen Rückgang der Steuerkraft

hatten. Es sind einzelne Gebergemeinden schwächer geworden, was diese Schere noch weiter aufgemacht hat, dazu gehören Gebergemeinden wie Münchenstein, Muttenz, Schönenbuch oder Oberwil. Die ganze Finanzkraft, die hier geschwunden ist, musste durch die sieben finanzstärksten Gemeinden aufgefangen werden. Die sind dann über Gebühr belastet worden mit Zahlungen. Sie haben quasi das Mittel zwischen dieser Schere finanzieren müssen. Man kann darüber diskutieren, ob dies eine einmalige Situation war, ob es ein Ausrutscher war, ob man nochmals ein paar Jahre warten soll, bis man reagiert und das Finanzausgleichsgesetz überprüft und allenfalls anpasst. Wenn man die Zahlen anschaut, dann wird es schwierig, auf ein Zuwarten zu hoffen. Der präventive horizontale Finanzausgleich war budgetiert mit CHF 44'000'000 bis 47'000'000 im Kanton, am Schluss wurden CHF 67'000'000 umverteilt, ein plus von rund CHF 20'000'000. Wir haben am Schluss für Allschwil ein Plus gehabt für CHF 6'100'000, die wir in den Finanzausgleich bezahlen mussten, also höchst unerwartet. Auf dieser Folie, die hat Dieter Pfister noch zusammengestellt, konnte sich der Gemeinderat noch ein Bild machen. Wir sehen hier die Übersicht, die Beiträge in den horizontalen Finanzausgleich, was der budgetierte Betrag war, CHF 4'552'000, und die Rechnungsstellung war CHF 10'659'000, das ergibt für die Gemeinde Allschwil eine Budgetabweichung von CHF 6'107'000. Das ist ein deftiger Betrag, wenn wir bedenken, dass wir in der Gemeinde rund CHF 74'000'000 umsetzen und nun eine Abweichung haben wegen einer Rechnung, die per A-Post ins Hause kommt, von rund CHF 6'000'000. Wir sehen noch die weiteren Positionen. Es gibt den Sonderlastenausgleich, der reingekommen ist, wir hatten CHF 767'000. Die Ergänzungsleistungen spielen eine Rolle etc. Wenn man es Netto anschaut, es sind komplexe Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinde, dann hatten wir einen Mehraufwand von CHF 5'769'000. Dem möchte man begegnen und wir haben einen Überblick, wie das heute aussieht mit dem Ressourcenausgleich, mit der Sonderlastenabgeltung und zusammen mit den Zusatzbeiträgen. Was hat es für ein Bild gegeben? Ich zeige hier das so genannte Ausgleichsniveau. Das Ausgleichsniveau ist das Geld, das allen Gemeinden zur Verfügung stehen soll, die unter dem Ausgleichsniveau sind, und das bezahlt erhalten. Das sind von der vorhandenen Steuerkraft des Kantons 93,5%. Die Gemeinden, die den Teil oben haben, die bezahlen unten rein. Der Strich, den wir hier sehen, ist die Trennlinie, von da an haben wir Gebergemeinden und da haben wir die Empfängergemeinden. Die Gemeinde Allschwil ist auf Rang 8. Grundsätzlich darf ich Ihnen offen und ehrlich sagen, dass ich glücklich bin. Ich habe lieber mehr Steuererträge und bezahle mehr Finanzausgleich, aber irgendwo braucht es eine vernünftige Grenze. Die Frage, die sich die Gebergemeinden gestellt haben, ist, dass wir hier die reichste Gemeinde haben, dann geht es hier runter, und interessanterweise geht es hinten wieder hoch. Das Thema war, wenn wir Häfelfingen anschauen mit dem Finanzausgleich, den Zusatzbeiträgen und der Sonderlastenabgeltung, dann kommen sie in eine sehr hohe Kategorie der Steuerkraft. Alles, was über das Ausgleichsniveau geht, ist eine überschüssende Verteilung der Steuerkraft. Von den Gebergemeinden wurde klar diskutiert, dass wir als grosse Unterbaselbieter Gemeinden eine grosse Infrastruktur haben, hohe Anforderungen, die wir erfüllen müssen, wir unternehmen sehr viel im Bereich Wirtschaftsförderung und für die gute Nutzung von Wohneigentum und die Wohnlichkeit in unseren Gemeinden. Wir möchten für das ein Stück weit die Kirschen auch ernten und nicht einfach verschicken. So wurde man kritisch in diesem Thema.

Man hat nach Lösungsansätzen gesucht. Man ist niemanden böse, dass man bei rund CHF 6'000'000 plus/minus gefunden hat, dass eine kurzfristige Wirkung erzielt werden sollte, sonst passiert uns im 2012 wieder das gleiche. Es ist klar, dass noch nicht aller Tage Abende ist, denn es braucht auch eine mittelfristige Anpassung des Finanzausgleichsgesetzes, wo wir dies aufgrund einer Evaluation längerfristig erarbeiten. Es ist so, dass eine Finanzgruppe eingesetzt wurde vom Regierungsrat, wo ich auch mitwirken darf, und auf dieser Basis werden die weiteren Erfahrungen mit dem Finanzausgleichsgesetz evaluiert werden und weitere Vorschläge unterbreitet. Das Ziel ist jetzt kurzfristig eine Wirkung zu erzielen, nämlich per 1.1.2012. Der Ansatz, der hier entwickelt wurde und kurzfristig realisierbar ist, ist ein so genannter maximaler Abschöpfungssatz. Der Deckel auf die Pfanne, bis hierhin, und wir möchten nicht viel mehr bezahlen. Der maximale Abschöpfungssatz hat einen Vorteil, er ist immer noch brutal kompliziert, wenn man ihn selber rechnen muss, aber er ist relativ einfach umsetzbar und man hat relativ einfach eine Wirkung. Es ging nicht darum, dass wir unter den Gebergemeinden eine Umverteilung macht, also dass die reichen Gemeinden, Binningen, Bottmingen, Pfeffingen, Arlesheim, noch mehr bezahlen, um die anderen Gemeinden zu entlasten. Das Schwierige an der Diskussion war, dass die Gebergemeinden ein Stück weit entlastet sind, aber bei den Nehmergemeinden eine gewisse Belastung stattfindet. Diese Lösung ist der maximale Abschöpfungssatz. Das ist letztendlich auch der Lösungsansatz der Regierung, darum ist das Ziel der Gemeindeinitiative ganz klar. Wir möchten im Landrat den Fingerzeig geben, dass es den Gebergemeinden ernst ist mit dieser Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes und dass wir sofort einen Lösungsansatz brauchen mit der Wirksamkeit per 1.1.2012.

Die Funktion des maximalen Abschöpfungssatzes könnte ich Ihnen kurz aufzeigen. Der Abschöpfungssatz gewährleistet die Ausstattung gemäss dem definierten Ausgleichsniveau der Gemeinden und entspricht letztendlich einem Prozentsatz der Steuerkraft einer Gemeinde. Die

Steuerkraft ist auf 100% hinaufgerechnet im ganzen Kanton, geteilt durch Köpfe in einer Gemeinde, und dies ergibt die Steuerkraft pro Gemeinde. In Allschwil war die Steuerkraft im 2010 CHF 2'940. Wenn das der Kantonsmathematiker umgerechnet hat, dann hat dies dazu geführt, dass wir einen Abschöpfungssatz von 18,9% hatten. Wir haben eine 80%-Regelung, wo wir bereits Speerspitzen brechen wollten im Finanzausgleichsgesetz, die sich aber nur beschränkt ausgewirkt hat. Allschwil hat immerhin von dieser 80%-Regelung ein Stück weit profitiert. Wenn wir von ihr nicht profitiert hätten, dann hätten wir vom vollen Abschöpfungssatz im 2010 19,9% von unserer Steuerkraft in den Finanzausgleich bezahlen müssen, also es wäre dann noch mehr gewesen. Wir wären dann bei CHF 2'990 gelegen. Das Ziel für uns im 2012 ist, dass die Regierung einen maximalen Abschöpfungssatz auf 17% festlegt. Da habe ich den Beweis, dass wir nur probieren, die Speerspitze zu brechen. Wir würden von 18,9% auf 17%, fixiert im Gesetz, herunterkommen, was zum Beispiel bei uns eine Reduktion von CHF 1'062'000 bedeuten würde, also eine Entlastung um rund 10%. Bei einem maximalen Abschöpfungssatz soll keine über Gebühr liegende Belastung der Gebergemeinden bei der Abschöpfung der Steuerkraft stattfinden. Der Prokopf-Anteil, der von der Steuerkraft aufgewendet werden muss, soll nicht mehr als 17% sein. Die Definition, was über Gebühr heisst, das soll der Regierungsrat in der Finanzverordnung festlegen. Die zweite Forderung, die auch diskutiert wurde, da gehen wir weiter als die Regierung, sind die Zusatzbeiträge. Die Zusatzbeiträge sind damals eingeführt worden beim neuen Finanzausgleichsgesetz, um die Steuerkraft der 36 steuerkraftschwächsten Gemeinden ein bisschen verbessern zu können auf der Basis der damaligen Modellberechnungen. Effektiv haben wir heute festgestellt, dass die Empfängergemeinden auf diese Zusatzbeiträge nicht mehr zwingend angewiesen sind. Zum Beispiel hat Häfelfingen eine eigene Steuerkraft CHF 739 pro Kopf und hat nach dem Finanzausgleich mit der Sonderlastenabgeltung und den Zusatzbeiträgen eine Steuerkraft von CHF 2'993, kommt dann also auf Platz 7 wie eine der Top-Gebergemeinden. Das ist diese Thematik, weil es hinten wieder rauf geht und man deutlich über das Ausgangsniveau rauskommt und als Nehmergemeinde auf das Niveau hinten kommt, wie eine Gebergemeinde vorne. Das wurde kritisch diskutiert, aber nicht im Bereich der Solidarität. Das Baselbiet soll leben und es ist ein wunderschöner Kanton, dazu stehen wir, aber verhältnismässig. Ich hoffe, dass ich alle Gemeinden, zusammen mit Binningen, die vor allem daran gearbeitet haben, ins Boot nehmen konnte, und dass die Gemeinden, die maximal betroffen sind, sich solidarisch verhalten. Die Gemeindeinitiative muss von den Einwohnerräten beschlossen werden oder von der Gemeindeversammlung. Das macht es für die Gemeinden, die Gemeindeversammlungen haben, nicht so einfach. Für uns ist es einfacher, wir haben regelmässige Sitzungen mit dem Einwohnerrat. Bis jetzt haben Binningen und Reinach die Initiative beschlossen, Therwil hat auch grünes Licht gegeben, und heute wäre Allschwil dran. Dass Arlesheim, Biel-Benken, Bottmingen, Binningen, Pfeffingen und Schönenbuch mitmachen, dünkt mich klar. So werden sich die Gemeinden formieren. Für das Zustandekommen dieser Gemeindeinitiative braucht es Beschlüsse von fünf Gemeinden, und dann wäre die Gemeindeinitiative zustande kommen. Wir wären dann nicht mehr alleine im Boot und Einzelkämpfer, sondern wir könnten das Ganze gemeinsam angehen. Ich bitte Sie darum in Kenntnis von dieser Thematik der Gemeindeinitiative so zuzustimmen.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wenn das Eintreten nicht bestritten wird, dann kommen wir zur allgemeinen Beratung.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat sich ziemlich intensiv mit dieser Gemeindeinitiative befasst. Auch wir sehen klar, dass es Solidarität unter den Gemeinden geben muss und dass darum der Finanzausgleich ein grundsätzlich richtiger Weg ist. Wir meinen aber auch, dass wir dabei schauen müssen, dass die Kirche einigermaßen im Dorf bleibt und dass darum diese Höchstansätze geschaffen werden müssen. So, wie es jetzt ist, ist es ein bisschen übertrieben. Wir unterstützen die Gemeindeinitiative.

**Josua Studer**, parteilos: Als ich diese Vorlage erhalten habe, musste ich zuerst schauen, ob es eine Landratsvorlage ist. Im Landrat haben wir oftmals so umfangreiche Geschäfte, wo man sich wirklich reinknien muss. Die Geschäfte, die wir normalerweise im Einwohnerrat haben, kann man viel einfacher überfliegen und man weiss Bescheid. Das ist nicht abwertend, das zeigt, dass der Kanton gut vorarbeitet und man in den Gemeinden weniger Arbeit hat. Ich habe mir die Mühe genommen und habe es mit meiner Frau zusammen studiert. Sie weiss jetzt auch Bescheid und wir sind beide gleicher Meinung. Wir haben es zusammen erarbeitet und sie weiss Bescheid. Es spricht nichts dagegen, insbesondere wenn man sieht, dass gewisse Gemeinden zugestimmt haben. Wir wären die vierte Gemeinde, es braucht dann noch eine. Wenn auch die Regierung dahinter steht, dann kriegen wir sie sicher dazu, dass wir den Zusatzantrag auch noch schmackhaft machen können. Wir stimmen dem zu.

**Thomas Möller**, SP/EVP-Fraktion Namens der EVP/SP-Fraktion haben wir dies besprochen, nicht sehr ausführlich. Wir hatten keine langen Diskussionen. Wir fanden auch, Umverteilung in Ehren, aber irgendwo hat es Grenzen. Wir unterstützen es, dass der Gemeinderat diese Initiative unterstützt. Wir unterstützen diesen Antrag.

**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion: Auch die FDP-Fraktion unterstützt die Gemeindeinitiative. Wir sind auch der Meinung, dass diese Anpassungen dringend notwendig sind. Wir kennen den Finanzplan. Wenn es eine gewisse Entlastung gibt, dann sind wir glücklich, denn wir haben gewisse Projekte, die wir damit umsetzen könnten.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion trägt dieses Anliegen mit. Ich möchte dem Gemeinderat Danke sagen und insbesondere unserem Präsident, der die treibende Kraft war im Sommer 2010, als erkennbar wurde, dass dieser Mechanismus in die falsche Richtung zeigt. Vermutlich sind die Architekten von diesem Mechanismus selber erschrocken über die Auswirkungen. So kann es nicht sein, dass Nehmergemeinden auf dem Niveau der Gebergemeinden landen. Wir befürworten das sehr.

**Julia Gosteli**, Grüne-Fraktion: Ich sage nicht mehr viel, ich schliesse mich den Vorrednern und Vorrednerinnen an. Wir von den Grünen schätzen es, dass das Thema so schnell angepackt wird und dass man sich so schnell auch mit anderen Gemeinden zusammen tun kann, die das auch betrifft, und dass Nägel mit Köpfen gemacht wird. Die Solidarität muss weiterhin bestehen bleiben, das ist ganz wichtig und es ist gut, dass dies betont wurde.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, wir kommen zur Detailberatung.

**Rolf Adam**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

1.1 Neues Finanzausgleichsgesetz, FAG

1.2 Erstmalige Anwendung im 2010

1.3 Beschwerden gegen die Verfügung

2. Geplante Anpassungen

2.1 Konzentration auf kurzfristige Anpassungen

2.2 Abschöpfungsgrenze ab 2012

3. Beurteilung der geplanten Anpassungen

3.1 Ziele der beschwerdeführenden Gebergemeinden

3.2 Horizontaler Finanzausgleich, Abschöpfungsgrenze

3.3 Aufhebung der Zusatzbeiträge nach Paragraph 7 FAG

4. Auswirkung der Gemeindeinitiative auf Allschwil

5. Gemeindeinitiative

6. Weiteres Vorgehen

7. Antrag

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wir kommen zum gestellten Antrag.

Die formulierte Gemeindeinitiative, Gesetzesinitiative Änderung Finanzausgleichsgesetz ist mit folgendem Wortlaut beim Kanton einzureichen:

Das Finanzausgleichsgesetz vom 25. Juni 2009 ist wie folgt zu ändern:

Paragraph 6 Absatz 3: Damit es bei keiner der beitragsleistenden Gemeinden zu einer über Gebühr liegenden Abschöpfung der vorhandenen Steuerkraft kommt, darf der Pro-Kopf-Anteil der beitragsleistenden Einwohnergemeinden nicht mehr als einen in der Verordnung festgelegten Prozentsatz ihrer Steuerkraft betragen. Übersteigende Teile tragen die beitragsempfangenden Einwohnergemeinden anteilmässig nach Massgabe ihrer Einwohnerzahl, höchstens jedoch im Umfang der Differenz zwischen dem Ausgleichsniveau und ihrer Steuerkraft multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl. Paragraph 7 aufgehoben.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

590 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 5**

Interpellation von Simon Zimmermann, SVP-Fraktion, vom 12.11.2010 betreffend Gewalt an Allschwiler Schulen

Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 3971

---

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Der Titel der Interpellation "Gewalt an Allschwiler Schulen", tönt sehr gewalttätig. Es ist ein schweres Wort. Zur Beantwortung habe ich die Stellungnahme des Schulrates und der Schulleitung Primarschule und Sekundarstufe erbeten. Die Beantwortung der Interpellation stützt sich auf diese Aussagen. Alle verantwortlichen Stellen haben die Fragen sehr ernst genommen und sie gewissenhaft beantwortet.

Wie beurteilt der Gemeinderat die Gewaltsituation an Allschwiler Schulen?

Allgemein wird festgehalten, dass an den Schulen keine Zunahme von Gewalt stattfindet. Wie in anderen Bereichen hat die kritische Beobachtung durch die Erwachsenenwelt oder durch Studien stark zugenommen, sodass man der Wahrnehmung von Gewalt viel sensibler begegnet, als dies vor 20 Jahren der Fall war.

Zur zweiten Frage: Hat sich die Art der Gewalt verändert? Da sind sich auch alle einig, dass sich die Art der Gewalt insofern verändert hat, dass verbale psychische Aggressionen im Vordergrund stehen. Die Toleranzgrenze ist tiefer und es wird sofort und unmittelbar reagiert. Je älter die Kinder sind, desto weniger wird zum Material und zu fremdem Eigentum Sorge getragen.

Was ist der Auslöser für die Gewalt an den Schulen? Gewalttätiges Verhalten lässt sich nicht auf einzelne Ursachen zurückzuführen. Aber alle Stellen haben als erstes eine gewisse Vereinsamung der Kinder genannt, ausgelöst durch verschiedene Faktoren, unter anderem schwierige Familienverhältnisse, Sprachverständnis oder fehlende Integration der Eltern. Dazu kommt heute der Konsum von elektronischen Medien, wie zum Beispiel Fernsehen, PC oder Videospiele, die in sehr grossem Umfang betrieben werden. Weitere Ursache ist auch ein allgemeiner Wertezerfall, der vor allem vorgelebt wird von der Erwachsenenwelt. Und der zunehmende Leistungsdruck, Ängste und mangelnde Bewegung und Freizeitbeschäftigung.

Wie kann Gewalt an den Schulen vermindert werden? Unsere Lehrer gehen mit Konflikten bewusst um und sind sensibilisiert, Veränderungen oder Auffälligkeiten im Verhalten eines Schülers oder einer Schülerin wahrzunehmen und darauf aktiv zu reagieren. Auch die Mitschüler lernen, dass sie sich im Bedarfsfall vertrauensvoll an eine Lehrperson wenden können. An unserer Schule werden in regelmässigen Intervallen Präventionsprojekte gemacht, zum Beispiel Peace Maker oder "mein Körper gehört mir" oder ähnliches. Zudem hat unsere Schule ein stufenartiges Disziplinarmodell für den Verlauf

von länger andauernden Konflikten festgelegt. Das definiert die verschiedenen Ebenen und die involvierten Personen, die berücksichtigt werden müssen, wenn ein Konflikt zwischen Lehrperson und Kinder oder zwischen Lehrperson und Erziehungsberechtigtem ansteht. Durch gemeinsam getroffene Massnahmen wie Parallelversetzungen, Heimplatzierungen, Erziehungsberatung und weiteres können Situationen entschärft und die Lösungen als Chancen begriffen werden. Glücklicherweise handelt es sich stets um Einzelfälle. Gemäss der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates ist die Einführung von Schulsozialarbeit auf Primarstufe und Kindergartenstufe als Zielsetzung festgehalten. Eine Projektgruppe unter der Leitung der sozialen Dienste hat mit der Erarbeitung eines Konzepts angefangen. Nach den Entscheiden des Gemeinderates und des Einwohnerrates, da rechne ich sehr mit Ihrer Unterstützung, soll das Projekt im August 2012 in die Pilotphase starten. Schulsozialarbeit funktioniert an der Sek-Stufe sehr gut. Es ist ein niederschwelliges Angebot und wird rege genutzt. Konflikte oder Probleme können so auf unkomplizierte Weise angegangen werden. Auch bemüht sich unsere Kinder- und Jugendkommission sehr in der Elternarbeit, zum Beispiel mit verschiedenen Elternbildungsanlässen und in der Sucht- und Gewaltprävention. Wie kann Kommunikation zwischen den Behörden verbessert werden? Aus Sicht der Behörden und der Schulleitung funktioniert die Kommission gut. Anlässlich jeder Schulratssitzung wird ein Traktandum "Information aus den Klassenzimmern" behandelt. Dort werden alle über allfällige gröbere Vorkommnisse informiert, und zwar sehr früh. Sobald die Schulleitung Informationen hat, dass in einer Klasse etwas nicht gut läuft, wird dies dem Schulrat mitgeteilt. Dazu muss man sagen, dass dies pro Jahr weniger als 10 Fälle sind bei fast 1'000 Lernenden. Das Zusammenspiel zwischen den anderen involvierten Stellen wie schulpsychologischer Dienst, vorschulheilpsychologischer Dienst funktioniert bestens und die Stellen werden rechtzeitig eingeschaltet. Ebenso verfügt unsere Schulleitung über zahlreiche Beziehungen, Time-out und weiteres. Ausserhalb von Allschwil verfügen sie auch über diese Beziehungen und sie können sie bedarfsgerecht einsetzen. Was für Aussenstehende vielleicht schwer nachvollziehbar ist, zeigt die Tatsache, dass sorgfältige Abklärungen viel Zeit beanspruchen und darum solche Prozesse lang dauern können. Auch aus Datenschutzgründen ist es nicht immer einfach, schnell zu handeln. Wie kann die Kommunikation zwischen den Behörden und Eltern verbessert werden? Mit einer Stelle Schulsozialarbeit auf Primarschulebene und Kindergartenstufe wären sicher viele Probleme auch in der Kommunikation frühzeitig zu lösen. Sicher ist, dass Eltern über die Vorgehensweise und ihre Möglichkeiten in Konfliktsituationen durch die Lehrerschaft umfassend informiert werden. Die Schulleitung wird angewiesen, die Lehrer auf ihre Informationspflicht gegenüber den Eltern hinsichtlich ihrer Vorgehensweise und den internen Abläufen sofort aufzuklären. Abschliessend ist zu bemerken, dass Konflikte von Kindern in der Regel ausserhalb der Schule stattfinden, da die Schule ein sozial eng kontrollierter Raum ist und die Schüler und Schülerinnen bei Verstössen gegen die Regeln mit Sanktionen rechnen müssen. In diesem Fall gilt, dass wie immer Erziehungsberechtigte gefordert sind.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Danke für die Ausführungen. Ich teile sie nicht ganz. Ich möchte auf etwas aufmerksam machen, dass du gerade am Schluss erwähnt hast bezüglich der unverzüglichen Meldung der Lehrerschaft an die Eltern. Ich habe vorhin mit einer Familie draussen geredet. Sie hat mir gerade neu brandheiss gesagt, dass ein Kind 8 Wochen nicht in die Schule gegangen ist und die Eltern wurden 8 Wochen nicht darüber informiert. Das kann nicht sein, das System funktioniert nicht. Ich habe mich auch schlau gemacht und durchgefragt. Bezüglich der Statistik, die du erwähnt hast, darf man eines nicht vergessen, nämlich was dort drin ist. Die Statistik führt diese 10 Fälle auf, die zu einer Anzeige gekommen sind und die bei der Vormundschaftsbehörde gemeldet wurden und nachher als Härtefall eingestuft wurden. Das sind die Fälle, die dort bei den 10 Fällen sind. Alle anderen Anzahl Fälle, wo man mühsam Gespräche und vielen Sitzungen macht, sind wesentlich höher. Davon redet auch die Jugendschutzstelle Baselland, und ich weiss sie auch. Ich habe einen Zeitungsartikel ins AWB gesetzt, und ich habe über 100 Mails erhalten, die das bestätigen, was ich dort geschrieben habe. Ich habe alle an die Jugendschutzstelle Baselland geschickt und sie wissen es auch. Es ist nicht nur eine dumme Floskel von mir und es wurde mir versprochen, dass sie das in Angriff nehmen. Es kann nicht sein, dass so viele Rückmeldungen alle das gleiche aussagen, es sind keine „gefaketen“ Mails. Die Wahrnehmung der Eltern ist wahrscheinlich etwas anders als die der beigezogenen Stellen. Ich habe die Interpellation an den Kinderschutz Baselland geschickt und an die Opferhilfestelle und an das schweizerische Institut für Gewaltprävention. Die Antworten sind überall übereinstimmend, aber sie gehen erstaunlicherweise nicht in diese Richtung, die du geäussert hast. Diese Sachen möchte ich hier gerne als Ergänzung reinbringen.

Frage 2: Die Gewalt an den Schulen hat sich wesentlich verändert. Gewalt ist massiver geworden. Die Ausbrüche sind deftiger geworden. Die Situation vom Handy und Internet sind heute ein wesentlicher Grund und die psychische Gewalt hast du erwähnt. Das sagen auch sie, die sei heute sehr präsent. Das sagt mir auch die Auskunftsziffer 147, das ist das Sorgentelefon, das Kindertelefon. Die haben mir auch gesagt, dass die meisten Anrufe, die sie erhalten, mit psychischer Gewalt zu tun haben. Die

anderen Sachen werden irgendwo an einem anderen Ort diskutiert, aber dort geht es häufig um solche Sachen.

Auf die Frage 3 erhalte ich die Antwort, dass sich die Täter wiederholen und es sich verschärft von Mal zu Mal. Sie steigern sich und steigern sich und steigern sich. Da sollte man wesentlich mehr darauf achten und schneller reagieren. Zur Frage 3 möchte ich die Antwort der Jugendschutzstelle von Herrn Hächler vorlesen, die finde ich sehr gut: „Die Schule kann sehr viel zur Verminderung von Gewalt beitragen, ganz verhindern geht nicht. Es hilft, wenn alle Lehrpersonen sich einig sind, was unter Gewalt verstanden wird und was toleriert werden kann und was nicht. Es hilft, wenn alle Lehrkräfte Verstösse gegen die Regeln sofort und unumgänglich ahnden.“ Dort liegt auch das Problem, das hier nicht ganz funktioniert. „Dafür müssen Sanktionen sofort und unumgänglich ausgesprochen werden. Es hilft, wenn die Schulen mit externen Fachpersonen gut vernetzt sind und sich in schwierigen Fällen Hilfe von ausserhalb (das ist gross unterstrichen) von Allschwil holen“. Damit ist die Anonymität gewährt gegenüber dem Opfer. Da liegt das Problem. Übrigens war letzten Samstag gross in der BAZ ein Artikel, dass die Gewalt, Jugendgewalt und Kindergewalt, um einen Drittel zugenommen hat. Herr Hächler kann das unterstützen, denn er hat ihn selber geschrieben. Aus den Rückmeldungen der Eltern geht hervor, dass die Lehrpersonen zu wenig effizient umsetzen, wie wenn ein Kind 8 Wochen nicht zur Schule geht und die Eltern nicht informiert werden. Das gibt es nicht, da muss viel früher etwas gemacht werden. Ich habe von der VB und von der Schulleitung gehört, dass es in Allschwil keinen ausgereifter Massnahmenplan gibt. Man entscheidet individuell, was man macht. Ich habe auf Google geschaut und nach wenigen Minuten ein sauberes ausformuliertes Massnahmending erhalten, das in der ganzen Schweiz angewendet wird.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Herr Zimmermann, könnten Sie Ihr Votum kürzer fassen. Sagen Sie, ob Sie mit den Antworten einverstanden sind oder nicht, und kurz wieso nicht.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich brauche gewisse Ausführungen, denn es ist nicht ein Problem, das nichts ist. Okay, ich mache es relativ kurz, ich nehme die wesentlichen Teile und dann verlange ich die Diskussion. Ich mache jetzt kurz fertig, zwei Punkte. Mich hat erstaunt, dass gewisse Eltern hier drin am 7. Februar 2011 am Elternabend und an der Information war „mein Körper gehört mir“ nicht anwesend waren. Ich hätte es von dir Fränzi schön gefunden, wenn du da gewesen wärst, und auch Herr Morat, er hätte übrigens auch einen Sohn in dieser Klasse gehabt. Dort hätte man es 1 zu 1 gehört, dass das Gewaltthema in Allschwil ein grosses Thema ist und total brisant ist momentan. Wir hatten auch Einwohnerräte, die dort gesessen sind, die können das bezeugen. Es wurde ganz deutlich gesagt. Es kann nicht sein, dass wir weiterhin sagen, es sei nicht wahr, es gibt es nicht, es sei ein Einzelfall, und wieso regen sich die Eltern auf. Damit habe ich geschlossen und ich beantrage eine Diskussion zu diesem Thema. Es ist ein wichtiges Thema. Es geht nicht um mich und um euch, sondern es geht um die Jüngsten in der Gemeinde.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Bevor wir über den Antrag über die Diskussion abstimmen, gebe ich das Wort für ein kurzes Statement Frau Pausa.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: In der Regel ist der Gemeinderat nicht dazu verpflichtet, zu sagen, wann er wo was und warum ist oder nicht ist. Ich hätte es auch sehr schön gefunden, musste aber abwägen als Gemeinderat, welche Sitzung wichtiger ist. Ich sage dir gerne privat, wo ich war. Im Titel stand Gewalt an den Allschwiler Schulen. Ich habe mich auf die Schulen beschränkt und diesbezüglich habe ich mich nicht auf eine gefühlsmässige Ebene eingelassen, sondern ich habe mich an die Schulleitung und an den Schulrat gehalten. Das möchte ich nochmals festhalten. Du hast erwähnt, dass es keine Massnahmen gibt. Es gibt Disziplinarmodelle an den Allschwiler Schulen, ich habe es hier, falls du es sehen möchtest, ansonsten kann ich es dir schriftlich abgeben.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag über die Diskussion ab.

**://:**

Der Antrag wird mit 24 Ja, 0 Nein und 11 Enthaltungen angenommen. Die Diskussion ist damit eröffnet.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Danke, jetzt kann ich meine Ausführungen zu Ende im Detail bringen. Es sind keine Ausführungen von mir, sondern es sind Ausführungen von Eltern, die es mir zukommen lassen und von Fachstellen, die damit arbeiten. Es ist keine Illusion und es ist sehr wichtig, dass man auf die Eltern und die Fachstellen eingeht. Sie wissen, wie es ist. Dass die anderen Organisationen ihren Deckel möglichst tief und zu behalten, ist klar. Die Eltern sehen, ob es funktioniert und wo die Schwachstellen sind. Das ist sehr massgebend. Viele Eltern sehen die Situation nicht so, wie sie jetzt ausgeführt wurde. Auch Herr Hächler kann mir da klar beipflichten, dass in Allschwil mehr Gewalt da ist als 10 Fälle. Er bekommt auch Mails von Eltern, die übrigens zuerst mit der Schulleitung und den Lehrern geredet haben und es hat nichts genutzt. Er ist gut informiert über die Situation in Allschwil. Er hat mir gesagt, dass er es weiss und er probiert hier Nachinstruktionen zu geben. Es sei nicht das erste Mal, dass er dies hört, es sei schon mehrmals passiert. Ich möchte noch ein paar Sachen erwähnen bezüglich Bettenackerschulhaus. Ich finde es schade, aber ich muss es so erwähnen. Es gibt einen Verruf unter den Eltern wegen den Bettenackerkindern. Es seien anscheinend Schläger-Patrouillen und andere Geschichten. Diese Äusserungen habe ich bekommen. Anscheinend hört man auch in Liestal viel von diesem Schulhaus, irgendwo muss etwas dran sein. Ich habe mich erkundigt bei der Oberstufe bei zwei Lehrern. Die haben mir gesagt, dass es eigentlich kein Problem ist, aber gewisse Kinder werden dadurch ausgeschlossen, und das finde ich nicht schön. Ich habe mich weiter schlau gemacht, Toni wollte von mir in der VBK-Sitzung wissen, dass ich mitteilen soll, wenn sich Widerstände regen. Die habe ich erhalten von Leuten, die Mutter geworden sind und die es betrifft, wenn das grosse Schulhaus kommt. Sie haben gesagt, dass sie Vorbehalte haben, mit dem Bettenackerschulhaus zu fusionieren. Es wäre schön, wenn dieser Nachruf etwas abnehmen würde und die betroffenen Stellen sich einsetzen für einen besseren Ruf, spürbar besser. Die Situation ist nicht ganz einfach, es hat dort eine Oberstufe und eine Realschule. Das erschwert sicher die Sache bezüglich wer wo ist und was. Anscheinend wird es so aufgenommen. Zum Schluss möchte ich sagen, dass es sehr wichtig ist, dass wir einen Massnahmenkatalog haben, diesen umsetzen, wie das die Jugendfachstelle empfiehlt und mit ihnen zusammen ausarbeitet.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich wollte zwei Sachen sagen. Ich habe letzte Woche mit Heinz Kraus und Peter Back am Telefon geredet und sie gefragt, wie es für sie aussieht im Jugend- und Freizeithaus, wie sie es einschätzen, wie sich die Gewaltthematik in der letzten Zeit entwickelt hat und ob das wirklich stimmt, was Herr Zimmermann behauptet, dass es grundsätzlich fest am zunehmen ist. Beide haben mir gesagt, Heinz Kraus für die Grösseren und Peter Back für die Kleineren, dass sie feststellen, dass es keine wesentliche Zunahme gibt, aber sie sagen, dass Gewalt schon immer ein Thema war. Dieses Thema gibt es, aber sie sagen und sie sagen das nicht nur aus einem Gefühl heraus, dass dies im Jugendfreizeithaus kein Thema ist, das wesentlich am Zunehmen ist. Das hat mich überzeugt. Sie haben tolle Projekte, wo sie in Gruppen untereinander dieses Thema angehen. Ich bin selber Mutter von drei Kindern. Ich hatte drei Kinder in Allschwil in der Schule, eines ist noch in der Sek-Stufe. Wir hatten Gewaltthemen in den Klassen und ich habe wunderbar gute Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit gemacht, allerdings erst in der Sek-Stufe. Die Schulsozialarbeiterin hat supertoll diese Klasse dahin geführt, dass zum Beispiel einzelne nicht mehr gemobbt wurden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn auch die Primarschule die Schulsozialarbeit einrichtet. Wie ich höre, ist dieses Projekt im Tun. Es gibt tolle Ideen, zum Beispiel das Projekt Mobile, wo Kinder selber lernen innerhalb der Klasse Gewalt deeskalieren zu schulen. Einzelne aus der Klasse werden geschult, damit sie im richtigen Moment mit der Gewalt des Mitschülers richtig umgehen können. Das finde ich auch eine gute Idee, auch schon in der Primarschule oder auf Sek-Stufe dies einzuführen, um dem Thema Gewalt zu begegnen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Wo fange ich an? Wir reden über Gewalt. Kein Mensch hier drin sagt heute Abend, was Gewalt ist. Wir reden alle über eine Worthülse, sie wurde nicht definiert. Die Veranstaltung "Mein Körper gehört mir", da seien keine Lehrkräfte da gewesen oder Leute der Verwaltung. Das ist keine neue Sache, das läuft schon seit Jahren. Ich war auch nicht an diesem Abend, aber ich habe es in der Klasse schon mehrmals durchgeführt. Es gibt ganz tolle Tagungen im Kanton, die mit Gewalt zu tun haben, häusliche Gewalt zum Beispiel, wo ich hingehen durfte, als Mediator und als Friedensrichter. Leider sind Tagungen an einem Tag und das Problem ist, dass die Lehrerschaft selten gehen können, weil wir keine Stellvertretungen haben und dies Geld kosten würde. Es wäre eine Möglichkeit, dafür Geld zu sprechen. Vorhin wurde das Schulhaus Bettenacker angesprochen. Mir sind grad die letzten grauen Haare noch grauer geworden. Ich kann mein Alter nicht mehr verstecken. Im Wochenblatt stand es, 60. Das heisst 39 Jahre Bettenacker. Es gibt keine Person, die im Bettenacker länger ein- und ausgeht als ich. Kein Hauswart, kein Schüler und keine Schülerin und keine Lehrkraft. Ich kenne das Bettenacker. Wir haben Probleme, das ist richtig. Aber wir haben nicht Probleme, wie es hier drin tönt. Es macht mir sehr weh, wenn Simon einfach sagt Bettenacker, wir hätten dort eine Real- und

eine Oberstufe. Nein, wir haben eine Primar- und eine Sekundarschule. Bei der Primarschule stehe ich auf dem Pausenplatz und mein Bart kann wackeln. Bei der Sekundar stehe ich hin. Es gibt immer wieder Kids, die probieren, etwas zu machen. Kids flippen aus, aber wenn ich Erwachsene anschau, dann flippen die auch aus, vor allem im Verbalen. Wir haben im Bettenacker einen grossen Vorteil, wir sind ein kleines Schulhaus. Je kleiner das Schulhaus ist, desto persönlicher. Wir planen ein riesen Schulhaus in Allschwil mit 30 Klassen. Dann haben wir einige Probleme mehr. Je anonymer, je mehr Kids da sind, desto mehr Regeln und Kontrollen braucht es. Es braucht Sanktionen, die Sie wollen. Sanktionen machen Frust, das ist ein Teufelskreislauf. Wir probieren in der Schule, das hat auch Franziska Pausa gesagt, alles zu sehen, was geht. Kein Mensch hat ringsum Augen. Links und rechts höre ich, geradeaus kann ich schauen und hinten sträuben sich die Haare. Es geht einigermassen, wir machen alles, was nur geht. Sie sagen immer, es braucht mehr Disziplin in der Schule. Meine Frage ist ganz einfach: Wer sagt das den Eltern? Ich sage ein kleines Beispiel als alter Fuchs: Dezember, bei uns im Schulhaus ist eine junge Lehrkraft. Ich hatte Glück, da schnell reinzuschauen. Ein Schüler aus dem besten Kreis Allschwil hat eine Arbeit, die ihm nicht passt und sagt zur Lehrkraft: "Mach dä Schissdräck sälber, mi Vater zahlt di jo". Primarschule. Wer sagt es den Eltern? Ich unterstütze Fränzi und den Schulrat beim Tun, was geht. Es sind nicht viele Fälle. Ich habe selber die Betreuung von schwierigen Schülern, die zu mir versetzt wurden. Es funktioniert. So lammfromm wie die, ist kein Dackel, garantiert. So kurz ist unsere Leine, wenn es wirklich nötig ist. Die Schule macht, was nur geht. Wichtig wäre für mich, Toleranz haben, Gewalt zu definieren und die Leute, die daran arbeiten, die arbeiten gut zusammen, garantiert. Es ist nicht schlimmer als vor Jahren.

**Jürg Vogt**, FDP/GLP-Fraktion: Es ist höchste Zeit, dass dieses Thema im Einwohnerrat eine Diskussion wert ist. Mein Empfinden ist auch, dass die Gewalt nicht zunimmt. Was fehlt und was die Gemeinde schauen muss, ist, dass es Freiräume gibt für die Kinder, nicht nur für die Kinder, auch für die Eltern, damit man sich begegnen und kennenlernen kann. Dort verhindert man am meisten. Um es kurz zu sagen: Die Wegmatte muss grün bleiben. Wenn natürlich Eltern 8 Wochen nicht merken, dass das Kind nicht in die Schule gehen, dann kann das nicht nur am Lehrer liegen. Ich habe mit zukünftigen Lehrern zu tun, meine Kinder gehen zum Teil in diese Richtung. Da merke ich, was dort für Ansprüche an die Lehrer gestellt werden, die können nicht alles übernehmen, sonst müssen wir die Klassen halbieren. Mein grosses Anliegen ist, dass Freiräume geschaffen werden, weil sie nicht mehr einfach so vorhanden sind. Vor 40 Jahren waren sie vorhanden, jeder Quadratmeter ist irgendwie verbaut oder klar definiert, was dort sein darf. Es muss Freiräume geben, damit machen wir am meisten Prävention.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Jürg, du bist grossartig, du hast einen Teil vorweg genommen. Ich kann es auch nicht verbergen, unsere jüngste Tochter macht demnächst Matur. Seit sie in der Schule sind, ist Gewalt an der Schule ein Thema. Interessant ist, dass Angebote zuhause vorhanden sind und mir ein Lehrer sehr konsterniert gesagt hat, dass alle bereit wären, die Lehrer und die Schüler. Aber das Veto kommt von den Eltern. Es hat mich stutzig gemacht, dass die Eltern sagen, sie wollen das nicht thematisieren. Das ist nicht nur bei Gewalt so, sondern auch bei Drogen und bei anderen Themen. Was ich sehr schlimm erlebt habe, ist, wenn die Lehrer für die Situation verantwortlich gemacht wurden. Die Gewalt kommt nicht in der Schule zustande, sondern sie wird von irgendwo mitgebracht. Die Offenheit und das Vertrauen und dass man zuhause den Dialog führen kann, das ist die Basis. Dass man 8 Wochen nicht in die Schule gehen kann, ohne dass jemand etwas merkt, da krankt es sicher nicht an der Schule, sondern da liegt es irgendwo ganz anders. Das Jugendfreizeithaus wurde erwähnt, mein Sohn arbeitet dort. Er hat das gleiche gesagt, es ist nicht die Menge, sondern die Qualität, die sich geändert hat. Man hat jetzt ein Handy und SMS. Früher hat man sich solche Sachen erzählt und jetzt kann man es mit dem Handy zeigen. Es ist vielleicht präserter, aber die Grausamkeit ist nicht mehr geworden, sondern es ist einfach anders. Das wurde auch von Fränzi genannt. Die Lehrer haben dies alles beobachtet. Ich sehe nicht, dass da so viel falsch liegt. Wenn eine Mutter oder ein Vater merkt, dass es einen Vorfall gibt in der Schule, und sie geht in die Schule und geht das in Ruhe an, dann merkt man bald, wo die Ursachen liegen. Das gibt auch eine gute Basis für später, dass man den Kindern beibringen kann, wie man etwas angehen kann.

**Josua Studer**, parteilos: Ich bin froh, dass wir diese Diskussion jetzt haben. Seit die Diskussionsrunde läuft, sind wir wieder herunter gekommen, vorher war es ziemlich hitzig und vorwerfend. Gewalt nimmt vielleicht zu, aber vor allem ist sie härter geworden, das ist das Problem. Niemand will oder kann die Verantwortung übernehmen aus der Situation heraus. Die Lehrer sind zu bedauern. Sie sollten eine Klasse führen, sollten für Ordnung sorgen, und wenn sie es machen, dann sind sie die Bösen, bei den Kindern und bei den Eltern. Grundsätzlich ist es so, dass der Lehrer in der Schule das Sagen hat und die

Eltern haben zuhause das Sagen. Die Eltern haben es auch nicht gern, wenn der Lehrer nach Hause kommt und sagt, dass das Kind abends um 20.00 Uhr diese Sendung auf dem ZDF schauen soll und nicht die auf dem ARD. So sollte es auch sein, dass die Eltern dem Lehrer auch keine Vorschriften machen. Beim Robi fällt es viel einfacher, Kinder und Jugendliche zu führen, weil die dort freiwillig hingehen. Dort reguliert es sich anders und die Leitung hat andere Möglichkeiten einzugreifen als ein Lehrer. Es ist gut zu wissen, dass die Robi-Leitung hart durchgreift und manchmal auch nicht ganz so, wie man sollte, aber es hat gefruchtet, und das ist wichtig. Schlussendlich muss das Resultat da sein. Ich hoffe, dass sich das Ganze wieder etwas legt, und dass die Fronten klar werden, wer wo was zu sagen hat. Wir haben ein Problem mit der Autorität allgemein.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Was Josua gesagt hat, das ist mir schon klar, dass beim Jugend- und Freizeithaus die Situation anders aussieht als an den Schulen. Ich habe auch nie gesagt, dass der Lehrer die Gewalt macht an den Schulen oder dass der Lehrer eine Verantwortung trägt an der Gewalt an der Schule. Es geht mir darum, Massnahmen effizient und umgänglich auszusprechen. Jean-Jacques, du kennst das Beispiel, ich möchte es hier nicht äussern, die Situation, die ich dir geschildert habe wegen meiner Tochter. Dort hätte ich laut Kinderschutz eine Anzeige machen müssen. Da sagt die Fachstelle, dass ich eine Anzeige hätte machen sollen. Ich habe das Gespräch gesucht. Am Anfang hiess es, der Zimmermann spinnt, bis alle Elternteile unterschrieben haben und Briefe an die Schulleitung geschickt haben. Dann hiess es plötzlich, der Zimmermann spinnt nicht mehr, es ist doch passiert. Es geht darum, dass man klar diese Sachen eindämmt und klar hinsteht und sagt, das gibt es bei uns nicht und Sanktionen walten lässt. Es ist sinnvoll, wenn die Sanktionen nicht nur versetzen und das Mädchen oder der Junge dort weiter gehen lässt. Da sollte mit einer Fachperson weitergemacht werden, nur so kann die Ursache bekämpft werden. Mit dem Versetzen des Kindes ist die Ursache nicht bekämpft, es ist nur verschoben. Dann hat die eine Klasse Ruhe, aber die andere hat dann das Theater. Es gibt die Möglichkeit auch beim Kanton, solche Fachstellen beizuziehen. Das hat nichts mit den Lehrern zu tun, sondern zwischen dem Kind und der Fachperson. Herr Hächler ist eine Fachperson und er hat erwähnt, dass er dies tagtäglich macht. Wenn man zum richtigen Zeitpunkt reagiert, ist dieses Zeugs auch möglichst schnell wieder vom Tisch. Aber man muss schnell machen, sonst artet es aus. Reagiert schneller und geht lieber einmal mehr an eine Fachstelle als einmal zu wenig. Das höre ich auch von den Eltern, es läuft zu wenig mit Fachstellen. Es wird dann gesagt, du bist ein Einzelfall, das gab es noch nie, mach es doch nicht so dramatisch, das war ja nur eine Ohrfeige oder man hat ihm halt nur einmal die Hosen runtergelassen. Für ein Kind, das davon betroffen ist, ist es wesentlich schlimmer als für diejenigen, die es gemacht haben. Das wird auch im Workshop "mein Körper gehört mir" gesagt und da sollte man ansetzen. Da sind auch die Lehrkräfte gefordert, hier anzusetzen, dass man sagt, bis hierher geht es, aber nicht näher. Das wird anscheinend zu wenig gemacht. Sie können mir nicht erzählen, dass alle diese Eltern blöd sind, die sich bei mir und der Fachstelle geäussert haben. Das ist eine Tatsache, die man sehen darf. Ich habe nie einem Lehrer einen Vorwurf gemacht, weil er ein gewalttätiges Kind drin hat. Ich habe lediglich das bemängelt, dass man dort nichts macht, das ist ein Unterschied. Ich habe nicht gesagt, dass der Lehrer Schuld daran ist, dass das Kind gewalttätig ist. Ich habe immer in Frage gestellt, warum es nicht schneller und effizienter geht.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Herr Zimmermann, ich glaube, wir haben verstanden, was Sie sagen möchten.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Geschlossen.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

591 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.11.2010 betreffend  
Aufwertung des Mühlestalls als Ausstellungslokal  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3970

---

---

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Der Gemeinderat ist für Entgegennahme. Wird ein Gegenantrag gestellt?

**Josua Studer**, parteilos: Ich stelle Gegenantrag auf Nichtüberweisen, nicht wegen der Sache, sondern wegen den Umständen. Wir wissen momentan nicht, wie es mit der Mühle weitergehen soll. Man sollte das Thema von diesem Postulat sistieren, bis wir wissen, was mit dem Restaurant weiter geht, ob wir das Gebäude behalten oder nicht, und in welcher Form. Ansonsten geben wir jetzt etwas in Auftrag, das abgeklärt werden soll zum Umsetzen, das unter Umständen gar nie umgesetzt werden kann.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass man das Postulat durchaus überweisen kann. Wir sind im Moment daran, gewisse Überlegungen zu machen. Wir haben uns letzten Mittwoch fast ausschliesslich einen Morgen Zeit genommen, um gewisse Sachen dieser Mühle zu besprechen. Wir sind noch nicht ganz fertig, darum möchten wir auch diese Überlegungen mitnehmen in unsere Gesamtstrategie, was die Mühle und das Weiterbestehen der Mühle angeht. Darum bitte ich euch, dies zu überweisen. Es ist keine verlorene Zeit und sobald wir Bescheid wissen, wie wir mit der Mühle und dem Mühlestall weitergehen wollen, dann kommen wir auf den Einwohnerrat zu, informieren adäquat und zeitnah. Es ist keine verlorene Zeit und wir werden den Einwohnerrat nicht vor Tatsachen stellen. Wir werden diese Überlegungen mit einbeziehen im Sinne von prüfen und berichten. Es ist keine Gefahr in Verzug, wenn man dies heute Abend überweist.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich möchte mich dem Votum von Gemeinderat Morat anschliessen. Es geht um ein Postulat und nicht um eine Motion. Ich bin davon überzeugt, dass der Gemeinderat in seinem Bericht zum Postulat die Umstände, die Herr Studer erwähnt hat, hinreichend berücksichtigt.

**Josua Studer**, parteilos: Dementsprechend stelle ich den Antrag auf Überweisung und Abschreiben.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, wir stimmen über die Überweisung des Postulats ab.

**://:**  
Es wird grossmehrheitlich überwiesen.

Wir stimmen darüber ab, wer das Postulat gemäss dem Antrag von Herrn Studer abschreiben möchte?

**://:**  
Das Postulat wird grossmehrheitlich nicht abgeschrieben. Das Postulat ist somit überwiesen zur Bearbeitung.

592 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 7**

Motion von Josua M. Studer, vom 16.11.2010 betreffend  
Lichtsignalanlage Hegenheimermattweg/Grabenring  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3973

---

**Josua Studer**, parteilos: Ich wünschte zuerst die Stellungnahme des Gemeinderates, damit ich weiss, weshalb er es nicht entgegennehmen möchte.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Wie Sie wissen, sind auf der Kreuzung Grabenring/Hegenheimermattweg bereits im Dezember 2009 zwei neue Buslinien geführt worden, Linie 48 und 64. Aufgrund dieser Situation wurde dort die Steuerung der Lichtsignalanlage angepasst. Im Zug dieser Anpassung hat der öffentliche Verkehr bereits erste Priorität erhalten. Wenn der Bus auf diese Kreuzung zusteuert, dann

kann er das Signal freischalten, der Verkehr wird normalerweise entleert und der Bus kann diese Kreuzung passieren. Wenn wir dies jetzt auf einen Blinkbetrieb umschalten, dann gibt es folgende problematische Situation. Im Grabenring wird der Verkehr lockerer zirkulieren, aber am Hegenheimermattweg wird der Verkehr wegen dem fehlenden Vortritt sich zurückstauen. Aufgrund von diesem grossen Rückstau werden wir das Problem in den Hegenheimermattweg verlagern und dort wird der Bus stecken bleiben. Es wäre deswegen sehr gefährlich, wenn wir dort anstelle eines ordentlichen rot/grün-Betriebs auf einen Blindbetrieb umschalten. Herr Studer hat natürlich bemerkt, dass während dem Umbau des grossen Grabenringkreisels an der Baslerstrasse die Lichtsignalanlage auf Blinkbetrieb stand. Das hatte den einfachen Grund, weil dort mit der Verkehrswache sichergestellt wurde, dass der Verkehr ordentlich über diese Kreuzung läuft. Mit der Verkehrswache lief es ideal, weil die auf alle individuellen Bedürfnisse Rücksicht nehmen können. Wenn wir jetzt entscheiden müssen zwischen Blinkbetrieb und rot/grün-Betrieb, dann können wir klar sagen, dass es unbedingt beim rot/grün-Betrieb bleiben muss. Zusammenfassend kann ich folgendes sagen: Durch den Blinkbetrieb während der Stosszeiten würden lange Rückstaus im Hegenheimermattweg entstehen, sodass sich die Busse dort nicht mehr anmelden könnten an der Verkehrsanlage und dadurch würde der Verkehr dauerhaft gestört. Zweitens: Während der Bauzeit wurde der Verkehr zu Spitzenzeiten von einer Verkehrswache geregelt, darum konnte man dort mit einem Blinkbetrieb arbeiten. Drittens: Inzwischen haben wir eine so genannte Stauschleife, wo sich der Bus freischalten und den Verkehr entleeren kann. Viertens: Dauerndes Wechseln vom Blinkbetrieb zum geschalteten Betrieb halten wir für unangebracht, weil es die Situation verschlechtern würde an dieser Kreuzung. Aufgrund dieser Ausführungen bitte ich Sie die Überweisung dieser Motion abzulehnen.

**Josua Studer**, parteilos: Mit diesen Ausführungen durfte ich rechnen. Dementsprechend habe ich erwartet, dass der Antrag kommt, dies als Postulat zu bringen. Es geht nicht primär darum, dass der Bus eine bessere Priorisierung bekommt. Der Verkehr läuft allgemein besser bei Kreuzungen, wenn die Anlagen ausgeschaltet sind. Wir erleben das tagtäglich auf dem Gebiet von Basel-Stadt, dass viele Lichtsignalanlagen aus Altersgründen sich aufhängen und plötzlich blinken. An den Wochenenden erst recht, und dann sind diese Anlagen bis am Montagmorgen gegen 09.00 Uhr ausser Betrieb, weil die Polizei, die diese Anlagen wartet, bis dann nicht in Aktion tritt. Es ist allgemein bekannt von uns, die wir wirklich genug in diesem Verkehr sind, dass der Verkehrsfluss besser läuft. Am Aeschenplatz hatte man früher Polizisten, die den Verkehr geleitet haben. Dort hat man sich erhofft, dass sie den Verkehr individuell leiten. Aber der Polizist leitet den Verkehr nicht individuell, sondern nach Gutdünken. Der Automobilist ist das Individuum und der macht den Verkehr. Heute läuft der Aeschenplatz sehr gut, ausser wenn die Polizei da steht und winkt. Speziell diese Daru-Wachen oder wie sie alle heisse, die hier eingesetzt werden, sind mehr verkehrsbehindernd als verkehrsfördernd. Wenn man jemanden auf die Strasse stellt, dann bitte Securitas oder Polizisten, die anderen haben wirklich keine Ahnung. An der Grabenringkreuzung wird man ja mal einen Kreisel machen. Aber bis das kommt, wird es Jahre dauern, weil dort muss man zuerst Land erwerben oder enteignen, damit man einen genug grossen Kreisel machen kann. Ich bin überzeugt, dass die Kreuzung besser laufen würde, wenn sie nicht geschalten wäre. Deshalb wünsche ich mir und mache es so, dass ich es in ein Postulat umwandle, damit ihr das mit der BVB und mit der BLT anschauen könnt, was die dazu sagen. Der Fussgänger kann diese Anlage auch schalten. Es gibt genug Beispiele in der Schweiz, wo Lichtanlagen in der Grundstellung auf blinken sind, und wenn Fussgänger oder ÖV kommen, dann wird es geschalten. Beim Grabenringkreisel stellt das Tram auch individuell von blinken auf rot um. Diese Anlage ist nicht sehr zur Freude von uns herausgekommen. Ich habe mich gegen diese Anlage gesträubt. Ich habe gesagt, wenn eine Anlage, dann muss sie richtig gemacht werden. Sie ist nur für den Verkehr okay, der über das Tramgleis fährt. In Richtung Dorf gab es schon viele heisse Momente. Wenn, dann müsste man dort auch mit Lichtsignalen schaffen, wenn man schon so eine komische Verkehrsführung gemacht hat. Wir hatten vor dem Kreisel mehr Parallelphasen, wo das Tram und ein PW miteinander fahren konnten. Ausgangs Kreisel kommen der Automobilist, Velo oder Töffli direkt in den Gleisbereich. Das ist auch eine Sache, die man lösen sollte. Ich bitte Sie, dies als Postulat zu überweisen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Auch unter dem Gesichtspunkt des Postulats muss ich klar sagen, dass ich das ablehne. Auf keinen Fall überweisen, weil das sonst zu einem Blinkbetrieb führen könnte, den ich für aussichtslos halte.

**Matthias Lochmann**, FDP/GLP-Fraktion: Ich muss dem zustimmen, was Herr Studer sagt, ich habe dort hinten jahrelang gewohnt. Wenn es auf Blinklicht steht, dann fliesst der Verkehr eindeutig besser. Ich

habe auch das Gefühl, dass sich die Automobilisten eher auf den Verkehr konzentrieren, deshalb stimme ich dem zu.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns diesem Thema ausführlich gewidmet. Wir sind allerdings zum Schluss gekommen, dass die Verkehrsampel Grabenring/Hegenheimermattweg nicht nur zur Verzierung dasteht, sondern eine spezielle Funktion hat. Wir können uns nicht vorstellen, dass bei einem Blinkbetrieb der Verkehr flüssiger wird. Das mag vielleicht zutreffen, wenn man sich auf dem Grabenring befindet. Wenn man aber vom Hegenheimermattweg kommt und in den Grabenring möchte, dann können wir uns das nicht vorstellen, schon gar nicht während den Hauptverkehrszeiten. Der Umstand, dass für den Bus auf einen Dreifarbenetrieb umgestellt werden soll, zeigt, dass diese Verkehrsampel offensichtlich notwendig ist. Wir sind der Meinung, dass die Ampel im normalen Dreifarbenbetrieb weiterlaufen soll und lehnen das Postulat ab.

**Josua Studer**, parteilos: Stephan Wolf, wenn man vom Grabenring her in den Hegenheimermattweg will, dann kommt es nicht darauf an, ob es blinkt oder ob es grün ist, es ist nämlich genau die gleiche Situation.

**Nedim Ulusoy**, Grüne-Fraktion: Wir haben in der Grünen Fraktion die ehemalige Motion und das jetzige Postulat diskutiert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir es nicht unterstützen können und zwar aus folgendem Grund nebst den Ausführungen von Herrn Vogt. Wir sind der Meinung, dass auch die schwächeren Verkehrsteilnehmer durch eine Lichtsignalanlage besser geschützt sind und besser zu ihrem Recht kommen. Velofahrer und Fussgänger kommen besser zum Zug, wenn das Lichtsignal in Betrieb ist. Josua Studer hat gesagt, dass die Fussgänger das Lichtsignal in Betrieb nehmen könnten. Das ist eine Variante, die man machen könnte. Für die Velofahrer jedoch sieht es schwarz aus. Vielleicht könnte man sich eine Freisaltvorrichtung für Velofahrer an diesem Ort überlegen, das wäre etwas Neues. Weil das leider noch nicht der Fall ist, lehnen wir das Postulat ab.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich wurde vorhin offenbar missverstanden oder habe mich falsch ausgedrückt. Wenn man vom Grabenring in den Hegenheimermattweg einbiegt, dann braucht man diese Ampel in der Tat nicht. Aber wenn man vom Hegenheimermattweg kommt und in den Grabenring möchte, dann wird es schwierig ohne Ampel.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Etwas wird mir bei der Diskussion über diese Motion oder dieses Postulat bewusst. Diese Kreuzung ist noch nicht fertig ausgebrütet. Ich habe mich gefragt, ob es sich lohnen würde, dem Postulat oder der Motion zuzustimmen. damit man da noch auf schlauere Ideen kommt. Es liegen viele Ideen auf dem Tisch, die sind nicht schlecht, aber daran muss weitergearbeitet werden. Egal, wie diese Geschichte herauskommt, mein Wunsch an die Verkehrsplaner auf der Gemeinde ist, dass wir daran noch arbeiten müssen. Ich frage mich, wo der Kreisel, der noch kommen soll, Platz haben soll. Wenn es eine bessere Variante gibt, die vielleicht noch weniger kostet, wäre ich nicht traurig. Die Hauptsache ist, dass das Ergebnis für alle Verkehrsteilnehmer, zu Fuss, auf zwei oder vier Rädern, ein gutes Resultat ist.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

**://:**

Das Postulat wird mit 11 Ja, 21 Nein und 4 Enthaltungen nicht überweisen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ganz kurz etwas zur Traktandenliste und zur Pause. Wir haben eine öffentliche Traktandenliste, sie ist im Wochenblatt ausgeschrieben, wir haben sie alle zuhause schriftlich, und da heisst es: Nach der Pause Infenster. Eine Pause finde ich etwas sehr Wichtiges. Ein reger Austausch ist unter uns möglich. Wir brauchen einen Imbiss, nachdem wir uns in diese Akten hineingebissen haben. Wir brauchen eine Verpflegung, um unsere Wunden zu pflegen. Es hat Zuschauerinnen und Zuschauer, die haben die Gelegenheit in der Pause auf uns zuzugehen. Ich habe immer wieder Gespräche mit Leuten, die uns zuhören, die das aushalten und erdulden und zum Teil auf

uns zukommen mit ganz anderen Hirnstrukturen und mit mir etwas diskutieren. Wir haben Zuschauer und die Presse. Ich finde es auch für uns vom Parlament sehr wichtig, dass wir diese Zeit haben. Letztes Mal kam Matthias Lochmann auf mich zu und fragte mich: Haben Sie es verstanden, was ich gemeint habe? Da muss ich sagen: Wow, affengeil. Ich habe es verstanden, habe es bestätigt und habe gesagt, dass ich es auf unsere Seite mitnehmen werde. Wir brauchen diese Pause, wir haben sie ausgeschrieben. Ich finde es nicht gut, wenn wir hier etwas anderes machen. Man kann es auch am Schluss machen. Ich möchte gerne noch mit Peter und Lukas hier zusammensitzen und etwas plaudern.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Wir hatten heute eine kurze Sitzung und wir sind alle eingeladen, jetzt noch zu diskutieren, auch mit unseren Gästen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich möchte es nicht überbewerten, aber grundsätzlich schliesse ich mich den Ausführungen von Jean-Jacques Winter an. Jetzt, wo wir die Initiative über den Finanzausgleich angenommen haben, habe ich auch die Hoffnung, dass in Zukunft wieder ein Imbiss drin liegt.

**Kathrin Gürtler**, Präsidentin: Ich schliesse diese Sitzung, auch in der Hoffnung, dass wir nicht wieder ein Geschäft haben, das zeitliche Dringlichkeit benötigt und eine Sitzung nötig macht. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE